

Die Gründung des deutschen Reichs im Lichte neuer Entdeckungen

Autor(en): **Fueter, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **5 (1909-1910)**

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

aux agents de dénationalisation. Il semble que le résultat des élections du 14 Novembre ait déjà amené quelque progrès à cet égard. Les Confédérés, de leur côté, feront bien de ne pas attacher aux violences de langage de politiciens peu dignes d'être pris au sérieux une importance qu'elles n'ont à aucun degré. Ils devront se déshabituer de voir Genève au travers d'un parti extrême dont le patriotisme leur est justement suspect. Ils devront surtout se convaincre qu'il s'y trouve, sous une certaine bigarrure d'appellations, une majorité de citoyens dont l'attachement à la Suisse est profond et qui mettent leur espoir dans une union de plus en plus étroite avec elle.

GENÈVE

A. ACHARD



DIE GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN REICHS IM LICHT NEUER ENTDECKUNGEN

Zu den Ereignissen der neuesten Geschichte, die am meisten der Aufhellung bedürfen, gehört die Gründung des deutschen Reichs in den Jahren 1870 und 1871. Es ist leicht, im allgemeinen zu zeigen, wie die durch die Siege der deutschen Armeen entfachte nationale Begeisterung den alten Einheitsplänen zum Durchbruche verhalf. Schwerer ist es zu erkennen, wie die partikularistischen Tendenzen im einzelnen überwunden wurden, und am schwierigsten schien es, einen Grund dafür aufzufinden, dass sich die großen Staaten des deutschen Südens und unter diesen vor allem Bayern, verhältnismäßig glatt der Hegemonie Preußens unterwarfen. Man mag den Druck der damaligen öffentlichen Meinung noch so sehr als unwiderstehlich schildern, das alles erklärt noch nicht, warum die süddeutschen Mittelstaaten, die doch nicht Besiegte, sondern Mitkämpfer waren und ihre Bedingungen stellen konnten, so rasch die Forderungen Bismarcks akzeptierten. Etwas Licht in dieses Dunkel scheint ein vor kurzem erschienenenes Buch des Halbischen Geschichtsprofessors Albert von Ruville zu bringen, eines Forschers, der in Fachkreisen bisher hauptsächlich durch ein dreibändiges Werk über William Pitt bekannt war. Die Schrift führt den Titel „Bayern und die Wiederaufrichtung des deutschen Reichs“.

* * *

Den Kern der Opposition gegen den Anschluss an den norddeutschen Bund, das heißt Preußen, bildete Bayern, der größte der süddeutschen Staaten. Gerade unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges mit Frankreich hatte sich dort noch ein Umschwung zugunsten des „Partikularismus“ vollzogen. Im März 1870 war der preußisch gesinnte Ministerpräsident Hohenlohe, der spätere Reichskanzler, durch den spezifisch bayrisch denkenden Grafen Bray-Steinburg ersetzt worden. Bray war durch mannigfache persönliche

Beziehungen mit den Gegnern Preußens außerhalb Deutschlands verbunden. Er war vorher bayrischer Gesandter in Wien gewesen, hatte dort mit dem frühern sächsischen Minister und damaligen österreichischen Reichskanzler Beust Freundschaft geschlossen und war auch mit dem französischen Gesandten, dem Herzog von Gramont, der 1870 Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde, nahe bekannt geworden. Beust und Gramont träumten damals von einer „Rache für Sodowa“ und planten ein Bündnis zwischen Österreich und Frankreich gegen Preußen. Bray nahm an ihren Gesprächen als Vertrauter, wenn nicht geradezu als Gesinnungsgenosse teil. Wie weit er dabei ging, wissen wir nicht. Wohl aber scheint aus dem, was Beust in seinen Memoiren mitteilt, hervorzugehen, dass der bayrische Ministerpräsident für den Fall, dass der Angriff von Frankreich ausgehen sollte, mindestens absolute Neutralität Bayerns versprochen hätte.

Bray befand sich damals noch in Übereinstimmung mit der Mehrzahl oder wenigstens mit einer starken Minorität des bayrischen Volkes. Als der Landtag am 19. Juli 1870 die Geldmittel zur Mobilmachung des Heeres bewilligen sollte, empfahl die Kommission nur so viel zu genehmigen, dass eine bewaffnete Neutralität beobachtet werden könne, und die Kammer wies diesen Antrag nur mit 89 gegen 58 Stimmen zurück. Auch dann, als der Krieg und die gemeinsam erfochtenen Siege die nationale Begeisterung in Bayern stärker entflammen ließen, hielt sich Bray noch von Preußen zurück. Am 9. September sprach er sich im Ministerrat dahin aus, man müsse so schnell wie möglich Frieden schließen, keine Gebietsabtretung von Frankreich verlangen und sich mit einer Kriegsentschädigung von einer Milliarde zufrieden geben. Er unterhielt immer noch enge Beziehungen zu Beust. Seiner Politik, die darin bestand, nicht selbst die Initiative zur Gründung des Reichs zu ergreifen, wie Preussen es wünschte, vielmehr die preussischen Anträge an sich herankommen zu lassen, blieb Bray auch noch treu, als er sich im Oktober 1870 mit zweien seiner Kollegen nach Versailles ins Hauptquartier begab. Er ging hin mit der Absicht, energisch aufzutreten, die Rechte Bayerns bis zum letzten Punkte zu wahren und sich den Anschluß an Österreich offen zu halten.

Die Situation war für ihn nicht ungünstig. Metz war noch nicht gefallen, die Armeen Gambettas hatten die Offensive ergriffen. Die Neutralen dachten daran, sich einzumischen; Beust hatte Bray direkt auf den Prager Frieden hingewiesen, der Österreich das Recht der Intervention in deutschen Angelegenheiten sicherte. Bismarck befand sich damals, wie Ruville vortrefflich ausführt, in einer kritischen Lage, um so mehr als zu den vielfachen Ungeschicklichkeiten einzelner Unterhändler noch die Abneigung seines Königs gegen die Annahme der Kaiserkrone hinzutrat. Bray wusste diese Verhältnisse wohl auszunutzen. An offenen Widerstand gegen die Einheit war zwar nicht mehr zu denken. Aber Bayern sollte die vollständige Autonomie seiner Armee und seiner Diplomatie behalten; es sollte nicht gehalten sein, an die Kosten der deutschen Flotte beizutragen. Ein süddeutscher Bund sollte dem norddeutschen als gleichberechtigt gegenüberstehen; der König von Bayern sollte neben dem deutschen Kaiser das Reich vertreten, eventuell sollte die Kaiserwürde zwischen den beiden Dynastien abwechseln.

Bismarck gab nicht nach und die neuen Siege der deutschen Truppen verbesserten seine Stellung. Bray ließ sich nicht entmutigen. Er drohte

damit, nach München zurückzukehren, also die Verhandlungen abubrechen. Nun kam das merkwürdige. Zur Verwunderung von Freund und Feind führte er diesen Plan nicht aus. Über die Gründe, die ihn dabei leiteten, wusste man bisher nichts; es war nur bekannt, dass Bray am Abend des 5. November mit Bismarck eine lange nächtliche Unterredung hatte.

Bray kehrte nicht nur nicht nach München zurück, sondern er war von diesem Tage an überhaupt wie umgewandelt. Er schwächte seine Forderungen ab. Er ließ den König Ludwig einladen, ins Hauptquartier zu kommen, obwohl er riskierte, seine Demission geben zu müssen, wenn der König sich nicht einfinden sollte. Auch Beust lenkte zu gleicher Zeit ein und begann plötzlich seine deutsche Gesinnung zu betonen. Er half sogar mit, damit Württemberg Bismarck nachgab. Ende November war das Protokoll über die Gründung des deutschen Reichs nacheinander von den Vertretern von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg unterzeichnet worden.

* * *

Was hatte sich in jener nächtlichen Unterredung zwischen Bismarck und Bray ereignet?

Die deutschen Historiker wie Lorenz erklärten bisher die plötzliche Nachgiebigkeit der süddeutschen Staaten für unverständlich. Sie fanden es unbegreiflich, dass diese die Bedingungen, die ihnen Bismarck stellte, und die ihnen kurz vorher noch unannehmbar geschienen hatten, nun beinahe ohne Änderung akzeptierten. Erst Ruville scheint den wahren Grund, der bereits von Sorel geahnt wurde, aufgedeckt zu haben.

Am 10. Oktober, fünf Tage, nachdem Bismarck in Versailles eingetroffen war, fiel einem Trupp mecklenburgischer Jäger, die das Schloss Cerçay bei Brunoy, das Eigentum des französischen Ministers Rouher, besetzt hatten, in einem Verstecke eine beträchtliche Anzahl Papiere in die Hände. Sie hatten schon begonnen, damit die Öfen zu heizen, als ein Offizier darauf aufmerksam wurde, die Schriftstücke untersuchte, sich von ihrer Wichtigkeit überzeugte und den ganzen Fund in mehreren großen Kisten an die Kanzlei des preußischen auswärtigen Amtes expedieren ließ.

Es zeigte sich bald, dass der Offizier richtig gesehen hatte. Diese Papiere waren von der größten Bedeutung. Es waren lauter Staatsdokumente, die Rouher aus den Ministerialarchiven aufs Land geflüchtet hatte, um sie vor einer eventuellen Revolution in Paris in Sicherheit zu bringen. Sie müssen vor allem auch die Korrespondenz des französischen Gesandten in München in den letzten Jahren vor dem Kriege enthalten haben.

Wir sagen „sie müssen“; denn außer Bismarck und einigen ganz vertrauten Beamten hat noch niemand in die Papiere, die gegenwärtig in Berlin als „Fonds Cerçay“ aufbewahrt werden, Einsicht nehmen können. Bismarck selbst hat 1871 Fragmente aus drei Briefen Benedettis und einer vertraulichen Instruktion Napoleons III. publiziert; das ist aber bisher alles, was bekannt gegeben worden ist. Auch die offiziellen Historiker wie Sybel haben keinen Zutritt erlangen können. Auch Ruville natürlich nicht. Wohl aber hat er aus gelegentlichen Andeutungen Bismarcks und anderer ungefähr den Inhalt der auf Schloss Cerçay erbeuteten Papiere rekonstruieren können. Darnach muss sich darunter unter anderem die Korrespondenz der französischen Gesandten in Deutschland und Österreich aus den Jahren 1866 bis 1870 befunden haben. Bismarck selbst erzählte einmal Hohenlohe, der

französische Gesandte in München habe 1867 Napoleon berichtet, um auf die Unterstützung Bayerns gegen Frankreich rechnen zu können, müsse man zuerst ihn (Hohenlohe) stürzen (was denn auch 1870 geschah). Übrigens wird gerade diese Annahme durch Rouher selbst bestätigt. Als Bismarck 1871 Bruchstücke aus Briefen Benedettis veröffentlichte, machte ihn der frühere französische Minister im „Peuple français“ darauf aufmerksam, dass sich in dem „Fonds Cerçay“ die ganze Privatkorrespondenz zwischen Napoleon und den Höfen von Bayern und Württemberg befinde — eine Drohung, die dann bewirkte, dass Bismarck sofort seine Publikationen aus den geraubten Papieren sistierte. Ebenso muss auch die Korrespondenz mit Hessen in die Hände Bismarcks gefallen sein. Man wusste schon früher, dass ein Schreiben des hessisch-darmstädtischen Ministers Dalwigk aus der Zeit der Luxemburger Frage damals Bismarck bekannt wurde, in dem der Hesse versicherte, dass Deutschland, falls ein Krieg ausbrechen sollte, die Franzosen mit offenen Armen aufnehmen würde.

Man kann sich leicht denken, was für eine starke Waffe Bismarck damit gegenüber den deutschen Mittelstaaten (außer Baden, das sowieso auf preußischer Seite stand) in seiner Gewalt hatte. Aus den Aufzeichnungen Abekens wissen wir denn auch, dass er in den Tagen, da die Papiere aus Cerçay anlangten, besonders guter Laune war. Er wurde übrigens nicht auf einmal inne, welcher Schatz ihm zugefallen war. Die Papiere befanden sich in völliger Unordnung und es dauerte lange, bis die wichtigsten gesichtet waren. Die entscheidenden Stücke über Bray und Beust sind ihm, meint Ruville, wohl erst Ende Oktober oder Anfang November zu Gesicht gekommen.

Er besaß nun authentisches Material, um die „deutschfeindlichen“ Verhandlungen zwischen Österreich, Bayern und Frankreich, die „antinationale“ Haltung Hessens und Württembergs, ihrer Könige und Minister, in den letzten Jahren, vor aller Welt darzulegen. Man denke sich, welchen Effekt eine Publikation dieser kompromittierenden Schriftstücke damals, in der Hochglut der nationalen Begeisterung, hätte machen müssen! Selbst die frühern Gegner Preußens und die wohl zuerst hätten sich wie *ein* Mann gegen die „hochverräterischen Umtriebe“ ihrer Regierungen erhoben. Die Monarchen hätten abdanken müssen; der Widerstand der Partikularisten hätte einen tödlichen Schlag empfangen.

Bismarck hätte damit freilich ein gefährliches Spiel gewagt. Die Publikation dieser nie für die Öffentlichkeit bestimmten Papiere hätte nicht nur die Gründung des neuen Reichs gleich mit einem Skandal eingeweihet; sie hätte auch bei allen Beteiligten eine unauslöschliche Erbitterung hinterlassen, die sich einem spätern friedlichen Zusammenarbeiten höchst schädlich hätte erweisen können. So beschloss denn Bismarck, der Öffentlichkeit gegenüber über die Beute lieber Stillschweigen zu bewahren, den widerstrebenden Regierungen dagegen mit Enthüllungen zu drohen. Der Rezensent des Ruvilleschen Buches im „Temps“ nennt dies Verfahren unhöflich, aber zutreffend „*du chantage*“.

Er hatte dabei das Glück, es ausschliesslich mit Leuten zu tun zu haben, die ihm nach seinem frühern Auftreten eine Publikation der kompromittierenden Briefe ohne weiteres zutrauten. So zwang er denn einen Staat nach dem andern zum Nachgeben. Zuerst Hessen, dann Bray, der

Beust avisierte, zuletzt Württemberg. Die furchtbare Waffe, die er in den Händen hatte, machte alle Einwendungen des partikularistischen „Patriotismus“ verstummen.

* * *

Der Geschichtsschreiber unserer Tage, der nicht mehr auf dem alten Standpunkte der Hintertreppen-Pragmatik steht, hat den Glauben daran verloren, dass die Nase der Kleopatra oder das Glas Wasser der Lady Marlborough historische Umwälzungen in andere Bahnen geleitet habe. Aber je mehr er sich über den Einfluss der großen sozialen Mächte Klarheit verschafft, um so mehr sieht er auch ein, dass „zufällige“, ja romanhafte Begebenheiten, wie die Erbeutung der diplomatischen Korrespondenz Napoleons III. durch deutsche Soldaten eine ist, den Gang der Ereignisse in ihren großen Zügen zwar nicht ändern, wohl aber modifizieren können. Ein einiges Deutschland unter Preußens Führung wäre auch ohne den „Fonds Cerçay“ entstanden. Ob aber die heutige Verfassung des deutschen Reiches nicht ohne dies wunderbare Intermezzo eine andere, der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten günstigere Gestalt angenommen hätte?

ZÜRICH

E. FUETER



EINE SCHWEIZERISCHE NATIONALBÜHNE?

Studien, wie die vorliegende, die einen jungen Zürcher, Dr. Max Zollinger, zum Verfasser hat, wirken vor allem klärend. Es ist dabei eigentlich ganz egal, welche Stellung der Verfasser zu seiner *Frage* einnimmt. Die Hauptsache ist, dass er sie aufwirft, dass er überhaupt eine Antwort *sucht*. Klärend wirkt eine solche symptomatische Schrift, weil sie den historisch-genetischen Ausgangspunkt einer Frage bezeichnet und ihren Werdeprozess in den Einzelstadien der verschiedenen Zeiten erweist. Aber auch die Antwort, die Zollinger gibt, ist gut: „Eine schweizerische Nationalbühne würde einen verderblichen Einfluss auf die poetisch-dramatische Produktion in der Schweiz ausüben und damit nicht zu einer fördernden Kraft, sondern vielmehr zu einer schweren Gefahr für die schweizerische Literatur — und das geistige Wohl unseres Volkes werden.“

Dieses Endresultat musste begründet werden. Max Zollinger sieht davon ab, den Begriff des „National“-Theaters zu erklären. Statt dessen gibt er eine aufschlussreiche, historische Übersicht, wie seit 1796 bis in unsere Tage von Zeit zu Zeit, von Leuten mit oder ohne Beruf die Forderung eines Nationaltheaters ausgesprochen wurde. In Luzern 1796—97 und 1799 ist der Kampf um ein Nationaltheater, der Kampf um das „geschlossene“ Theater. In Schwyz handelt es sich 1891 um die Schaffung eines grandiosen nationalen Festspielapparates. Der phantastische Dr. Ludwig Eckardt, jener projektenreiche Wiener, den Gottfried Keller und Jakob Frey gründlich bekämpften, stellte in tönender Phrase der schweizerischen Nationalbühne

1) „Eine schweizerische Nationalbühne.“ Eine Studie zur schweizerischen Theatergeschichte von Dr. Max Zollinger, Aarau 1909. Sauerländer & Co.